

**MONATSBERICHTE DES  
ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES  
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

---

XXXIV. Jahrgang

**Beilage Nr. 67**

Oktober 1961

---

**Probleme der Entwicklungshilfe**

WIEN 1961

IM SELBSTVERLAG DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, WIEN, I., HOHER MARKT 9

# Probleme der Entwicklungshilfe

## Gliederung

	Seite
<b>Industrieländer und Entwicklungsländer</b> .....	3
<b>Formen und Problematik der Hilfeleistung</b> .....	5
Selbsthilfe oder Fremdhilfe .....	5
Hilfe oder Handel .....	6
Kapitalexport oder technische Hilfe .....	8
Agrar- oder Industrieinvestitionen .....	8
Arbeits- oder kapitalintensive Investitionen .....	9
Private, staatliche und internationale Kapitalhilfe .....	10
Gleichgewichtiges oder ungleichgewichtiges Wachstum .....	11
<b>Größenordnung der Entwicklungshilfe</b> .....	12
<b>Österreich und die Entwicklungshilfe</b> .....	14
<b>Statistischer Anhang</b> .....	19

## Probleme der Entwicklungshilfe

*Das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Südamerikas zu fördern, ist seit einigen Jahren eines der brennendsten Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik. Lange Zeit fiel die Hauptlast der Entwicklungshilfe auf die USA, da sich die europäischen Industriestaaten auf den Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft konzentrierten. Nach seiner wirtschaftlichen Konsolidierung ist auch Westeuropa in der Lage, einen größeren Beitrag zur internationalen Entwicklungshilfe zu leisten. Die Bestrebungen, Europa stärker in die Entwicklungshilfe einzubauen, finden in der Umgestaltung der westeuropäischen OEEC in die atlantische OECD, der nun auch die Vereinigten Staaten und Kanada als Vollmitglieder angehören, einen deutlichen Niederschlag. Die neue Organisation wird sich nämlich nicht nur der wirtschaftspolitischen Koordination und der Pflege der allgemeinen Außenhandelsbeziehungen widmen, sondern vor allem der Förderung der Entwicklungsländer.*

*Die folgende Untersuchung gibt eine Übersicht über die wichtigsten Probleme der Entwicklungshilfe und stellt die Möglichkeiten und Formen eines eventuellen österreichischen Beitrages zur Diskussion.*

### Industrieländer und Entwicklungsländer]

Wirtschaftlich zerfällt die Welt deutlich in zwei Gruppen: die entwickelten Industriestaaten und die sogenannten Entwicklungsländer<sup>1)</sup>, deren Produktion und Export sich vor allem auf Agrarerzeugnisse und Rohstoffe erstreckt. In die erste Gruppe gehören insbesondere die USA und die Länder Westeuropas, in einigem Abstand aber auch die osteuropäischen Staaten und Japan. Zu den unterentwickelten Gebieten zählen die Staaten Mittel- und Südamerikas, Afrikas und des asiatischen Kontinents (ohne Sowjetunion). Während die entwickelten Länder in gemäßigten Klimazonen liegen, befinden sich die unterentwickelten meist in der Tropen- und Subtropenzone. Eine Sonderstellung neh-

men Kanada, Australien und Neuseeland ein. Ihr Industrialisierungsprozeß befindet sich zwar noch in einem verhältnismäßig frühen Stadium; hoher Bodenertrag, der Reichtum an Naturschätzen und die große Zahl qualifizierter Arbeitskräfte sichern aber der Agrar- und Rohstoffproduktion eine so hohe Produktivität, daß die Pro-Kopf-Einkommen in diesen Ländern zu den höchsten der Welt zählen.

Die beiden Gruppen — die entwickelten Länder (einschließlich Kanada, Australien und Neuseeland) einerseits und die unterentwickelten Länder andererseits — sind keineswegs homogene Gebilde. In jeder gibt es große Unterschiede. So überragen z. B. die USA in Produktion, Produktivität und Lebensstandard manche europäische Industrie-Agrarstaaten um ein Vielfaches. Auch innerhalb der unterentwickelten Länder gibt es große Spannen. Die bereits im Industrialisierungsprozeß befindlichen Staaten Südamerikas und die Erdöl produzierenden Staaten haben eine bedeutend festere wirtschaftliche Basis als die erst vor kurzem gegründeten oder die erst entstehenden Staatengebilde Afrikas oder die vom Export agrarischer Erzeugnisse und traditioneller Rohstoffe abhängigen Länder Asiens.

Trotz diesen beträchtlichen Unterschieden innerhalb jeder Gruppe liegt eine deutliche und tiefe Kluft zwischen den beiden Gruppen. Typisch für die unterentwickelten Länder ist, daß der entschei-

<sup>1)</sup> Zur Bezeichnung dieser Länder werden verschiedene Ausdrücke verwendet. Da der am häufigsten verwendete Ausdruck „Unterentwickelte Länder“ (und der früher übliche „Zurückgebliebene Länder“) wegen seiner Mehrdeutigkeit verschiedentlich abgelehnt wird, kamen weitere Bezeichnungen auf, wie „in Entwicklung befindliche Länder“, „Entwicklungsländer“, „nichtindustrialisierte Länder“ usw. Seiner Prägnanz und Gebräuchlichkeit wegen wird im folgenden häufig der Ausdruck „Unterentwickelte Gebiete“ verwendet werden, der auch in verschiedenen Publikationen der UNO zu finden ist. Es sei hier jedoch besonders betont, daß sich die Bezeichnungen „entwickelt“ und „unterentwickelt“ ausschließlich auf das wirtschaftliche Entwicklungsstadium beziehen und nichts über die kulturellen oder sonstigen Aspekte der sehr verschiedenartigen Länder in den beiden Gruppen aussagen.

dende Schritt zu einem sich selbst ausweitenden Industrialisierungsprozeß (der in Westeuropa zur Zeit der sogenannten „industriellen Revolution“ im 18. und 19. Jahrhundert stattfand) noch nicht getan ist. Charakteristische Ursachen sind allen unterentwickelten Ländern gemeinsam: akuter Kapitalmangel, ungenügend qualifizierte Arbeitskräfte, dem modernen Industrieprozeß nicht adäquate gesellschaftliche Institutionen, mangelnde „Wirtschaftsgesinnung“, in vielen Fällen auch übervolkerte und in ihrer Produktionstechnik stagnierende Agrargebiete, deren Produktion nicht ausreicht, eine industrielle Bevölkerung zu ernähren.

Aus allen diesen Gründen ist das Produktionsniveau dieser Länder äußerst niedrig. Sozialproduktvergleiche zeigen deutlich — auch wenn man die Ungenauigkeit mancher Sozialproduktschätzungen und die großen Vergleichsschwierigkeiten berücksichtigt — die weite Kluft zwischen der Wirtschaftsleistung der entwickelten und der unterentwickelten Länder. Auf die industrialisierten und entwickelten Länder entfallen gegenwärtig rd. 30% der Weltbevölkerung, aber fast 82% der Weltproduktion<sup>1)</sup>. In den unterentwickelten Ländern hingegen lebt die große Mehrheit der Menschheit — 70% —, die jedoch nur etwas mehr als 18% der Weltproduktion hervorbringt.

Die offiziellen Wechselkurse, auf die sich diese Berechnung stützt, spiegeln die Kaufkraftunterschiede der Währungen in den einzelnen Ländern nur ungenau wider. Aber auch wenn man sie zu berücksichtigen versucht, entfallen auf die 70% der Weltbevölkerung in den unterentwickelten Ländern weniger als ein Viertel, auf die 30% in den entwickelten Staaten mehr als drei Viertel der Weltproduktion.

Infolge der großen Ungleichheit in der Produktionsleistung bestehen auch bedeutende Unterschiede im Lebensstandard. Das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist in den entwickelten Staaten zehnmal (berechnet zum offiziellen Wechselkurs) und siebenmal (unter Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede) so hoch wie in den unterentwickelten Ländern. In den extremen Fällen sind die Unterschiede noch weit höher: das Pro-Kopf-Sozialprodukt in den USA ist etwa 28 mal (bei berichtigtem Wechselkurs 17 mal) so hoch wie in Afrika (ohne Ägypten und Südafrika). Aus diesen Zahlen kann man nicht unmittelbar auf ebenso große Unterschiede im Lebensstandard schließen, da dieser auch durch klimatische, soziologische und

<sup>1)</sup> Produktion ist hier im Sinne des gesamten Sozialproduktes zu verstehen.

historische Faktoren beeinflusst wird. Aber welche Modifikation man auch berücksichtigt, jedenfalls bleibt ein sehr weiter Abstand zwischen den Lebens- und Produktionsbedingungen in den beiden Teilen der Welt.

#### Übersicht I

#### Bevölkerung und Sozialprodukt in verschiedenen Regionen der Welt (1961)

Region	Bevölkerung Mill. Per- sooen	% der Welt- bevöl- kerung	Brutto-Sozial- produkt I <sup>1)</sup>		Brutto-Sozial- produkt II <sup>2)</sup>		Brutto-Sozial- produkt pro Kopf der Be- völkerung I <sup>1)</sup> II <sup>2)</sup>	
			Mrd. \$	%	Mrd. \$	%	\$	\$
USA	184.6	6.2	515.0	37.3	515.0	29.5	2.790	2.790
Kanada	18.3	0.6	37.5	2.7	37.5	2.1	2.048	2.048
Australien und Neuseeland	16.1	0.5	17.8	1.3	24.4	1.4	1.105	1.513
Westeuropa	261.0	8.7	284.8	20.6	384.9	22.0	1.091	1.472
Sowjetunion	215.0	7.2	176.0	12.7	212.0	12.1	818	986
Osteuropa	99.6	3.3	54.7	4.0	82.1	4.7	550	825
Japan	94.8	3.2	36.3	2.6	58.1	3.3	383	613
Südafrika	15.2	0.5	6.5	0.5	9.1	0.5	427	598
<b>Summe A</b>	<b>904.6</b>	<b>30.2</b>	<b>1.128.6</b>	<b>81.7</b>	<b>1.323.1</b>	<b>75.6</b>	<b>1.248</b>	<b>1.463</b>
Südeuropa <sup>3)</sup>	66.8	2.2	20.9	1.5	33.5	1.9	313	501
Lateinamerika	210.1	7.0	65.3	4.7	89.3	5.1	311	425
Naher Osten <sup>4)</sup>	106.1	3.5	19.9	1.4	29.3	1.7	187	257
Afrika (ohne Naher Osten und Südafrika)	205.8	6.9	20.6	1.5	33.7	1.9	100	164
Asien (ohne Naher Osten Sowjetunion u. Japan)	1.499.9	50.2	125.9	9.2	240.8	13.8	84	161
<b>Summe B</b>	<b>2.088.7</b>	<b>69.8</b>	<b>252.6</b>	<b>18.3</b>	<b>426.6</b>	<b>24.4</b>	<b>121</b>	<b>204</b>
<b>Welt (A+B)</b>	<b>2.993.3</b>	<b>100.0</b>	<b>1.381.2</b>	<b>100.0</b>	<b>1.749.7</b>	<b>100.0</b>	<b>461</b>	<b>585</b>

Q: P. N. Rosenstein-Rodan, „International Aid for Underdeveloped Countries“, The Review of Economics and Statistics (Mai 1961) S. 118. Siehe dortselbst auch Hinweise auf das benutzte statistische Material und die angewandten Schätzungsmethoden.

<sup>1)</sup> Hier wurden die Brutto-Sozialprodukte der einzelnen Länder auf Grund der offiziellen Wechselkurse in Dollar umgerechnet. — <sup>2)</sup> Bei der Umrechnung der Brutto-Sozialprodukte auf Dollar wurde die unterschiedliche Kaufkraft (des Dollars) in den verschiedenen Ländern berücksichtigt. — <sup>3)</sup> Griechenland, Portugal, Spanien, Jugoslawien. — <sup>4)</sup> Bahrain, Iran, Irak, Israel, Jordan, Kuwait, Libanon, Maskat und Oman, Saudiarabien, Türkei, Ägypten, Syrien, Jemen, Aden, Zypern, Katar, Gaza.

Das Problem der unterentwickelten Länder ist nicht neu. Auch vor dem Krieg bestand eine weite Kluft zwischen den Staaten Europas und Nordamerikas einerseits und der übrigen Welt andererseits. Aus verschiedenen Gründen sind aber die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklungshilfe erst in den Nachkriegsjahren zu einem der wichtigsten Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik geworden.

Die Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1933) sowie verschiedene kleinere und Sonderkrisen haben in der Zwischenkriegszeit den Wirtschaftsablauf der Industriestaaten derart gelähmt, daß sie mit den eigenen Nöten voll beschäftigt waren. Als das wirtschaftliche Hauptproblem darin bestand, wie man die ungenutzten Produktionsmittel und Arbeitskräfte einsetzen könnte, blieb begreiflicherweise wenig Interesse für die Industrialisierung von unterentwickelten Gebieten übrig. Erst die anhaltend gute Konjunktur und die Vollbeschäftigung in den Nachkriegsjahren ließen das Problem einer Pro-

duktionssteigerung im Weltmaßstab aktuell erscheinen. Die volle Ausnutzung des Produktionspotentials in den Industrieländern brachte zum ersten Male den krassen Unterschied zwischen den Lebensbedingungen in den entwickelten und den unterentwickelten Ländern klar zutage, der in den Vorkriegsjahren durch das Elend der Massenarbeitslosigkeit zum Teil verdeckt worden war.

Aber auch die politische Entwicklung intensivierte die Beschäftigung mit Entwicklungsproblemen. Die rasche Auflösung europäischen Kolonialbesitzes verstärkte in den jungen Nationalstaaten das Verlangen, die traditionelle Armut und den wirtschaftlichen Rückstand zu überwinden und die politische Selbständigkeit durch ein gewisses Ausmaß wirtschaftlicher Selbständigkeit zu untermauern. In den schwach entwickelten Staaten Südamerikas und Asiens, die schon auf eine längere Zeit politischer Unabhängigkeit zurückblicken können, wird infolge des zunehmenden Kontakts mit den technischen und wirtschaftlichen Errungenschaften Europas und Nordamerikas immer stürmischer ein rascheres Industrialisierungs- und Wachstumstempo gefordert. Schließlich hat die Rivalität zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Staaten viel dazu beigetragen, daß die unterentwickelten Länder in ihren Bestrebungen und Forderungen heute von den wirtschaftlich führenden Staaten stärker unterstützt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist eine neue Einstellung zu dem gesamten Fragenkomplex der Entwicklung und Entwicklungshilfe. Früher hatte man geglaubt, das wirtschaftliche Niveau der unterentwickelten Länder durch Kolonialbeziehungen und Außenhandel allmählich auf das Niveau der fortgeschrittenen Staaten heben zu können. Tatsächlich aber ist der Abstand zwischen den entwickelten und unterentwickelten Staaten nicht kleiner geworden. Es hat sich als äußerst schwierig erwiesen, aus dem „Teufelskreis der Armut“ auszubrechen: Niedrige Produktivität verhindert die Bildung von Kapital und die Schulung von Arbeitskräften, Mangel an Kapital und geschulten Arbeitskräften verhindert die Steigerung der Produktivität. Ferner kann sich eine junge, aufstrebende Industrie, obwohl sie die Möglichkeit hat, die technischen und organisatorischen Erfahrungen der frühindustrialisierten Staaten zu verwerten, in vielen Fällen nur schwer gegen die Konkurrenz alteingesessener und finanzkräftiger Firmen durchsetzen. Schließlich besteht für einige unterentwickelte Gebiete derzeit noch das besondere Problem, daß Fortschritte auf dem Gebiete der Produktionssteigerung von einem rapiden Bevölke-

rungswachstum begleitet sind, so daß trotz beachtlichen Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft die Pro-Kopf-Produktion und der Lebensstandard nur wenig steigen.

Übersicht 2

### Wirtschaftliches Wachstum in verschiedenen Regionen der Welt bis 1980

Region	Bevölkerung Durchschnittl. jährliche Zuwachsrates (1955/80) in %	Netto-Sozialprodukt Durchschnittl. jährliche Zuwachsrates (1955/80) in %		Netto-Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung <sup>1)</sup>		Durchschnittl. jährliche Zuwachsrates (1955/80) in %		
		Mini- mal- schätzung	Maxi- mal- schätzung	1955	1980	Mini- mal- schätzung	Maxi- mal- schätzung	
				§				
Nordamerika	1.7	3.00	4.50	1.875	2.550	3.670	1.2	2.7
Westeuropa	0.6	1.75	3.25	820	1.100	1.580	1.2	2.7
Australien und Neuseeland	1.7	3.50	4.50	955	1.400	1.800	1.5	2.6
UdSSR	1.5	4.00	5.50	550	1.020	1.450	2.5	3.9
Osteuropa	1.0	2.50	4.00	455	665	950	1.5	3.0
Lateinamerika	2.8	3.75	4.75	265	330	420	0.9	1.9
Naher Osten	2.3	3.25	4.25	160	195	250	0.8	1.8
Asien	2.0	1.75	2.75	75	70	90	-0.3	0.7
Afrika	1.6	2.50	3.50	105	130	165	0.9	1.8
Welt	1.8	2.73	4.14	350	440	620	0.9	2.3

Q: Thorkil Kristensen a. u., The Economic World Balance (Kopenhagen u. Amsterdam 1960), S. 250. — <sup>1)</sup> Die Angaben in dieser Tabelle decken sich aus verschiedenen Gründen nicht mit jenen in der Übersicht 1. Die Unterschiede betreffen das Berechnungsjahr (1961 bzw. 1955), den Umfang des Sozialproduktes (Brutto- Netto-Sozialprodukt), die Regionalgliederung (in der vorliegenden Übersicht ist Japan in Asien, Südafrika in Afrika und Südeuropa in West- und Osteuropa eingeschlossen) und zum Teil die Schätzungsverfahren.

Dauern die gegenwärtig sichtbaren Tendenzen fort, dann besteht wenig Aussicht, daß sich die Kluft zwischen den entwickelten und unterentwickelten Ländern verengen wird. Die künftige langfristige Wirtschaftsentwicklung der Welt kann wegen der vielen Unbekannten (Bevölkerungsentwicklung, Kapitalbildung, Konjunkturverlauf, politische und Außenhandelsbeziehungen, technischer Fortschritt) nur sehr vage vorausgesagt werden. Man kann bestenfalls auf Grund derzeit plausibler Hypothesen *wahrscheinliche* Entwicklungslinien zeichnen. Solche hypothetische Vorausschätzungen für 1980 hat ein Team dänischer Experten versucht<sup>1)</sup>. Darnach würde das Sozialprodukt der Welt bis 1980 jährlich um durchschnittlich 2,7% bis 4,1% wachsen. Für die unterentwickelten Länder ergeben die Berechnungen ein etwas überdurchschnittliches Wachstum für die Erdölländer und für die z. T. bereits industrialisierten Staaten Lateinamerikas und des Nahen Ostens, ein unterdurchschnittliches Wachstum für die Länder Afrikas und des asiatischen Kontinents. Infolge der raschen Bevölkerungszunahme würde aber das Pro-Kopf-Produkt in *allen* unterentwickelten Regionen<sup>2)</sup> langsamer wachsen als in Nordamerika.

<sup>1)</sup> Siehe die Quellenangaben zu Übersicht 2.

<sup>2)</sup> Die Berechnungen beziehen sich nur auf große Regionen. Einzelne Länder innerhalb der Regionen können sich davon abweichend entwickeln.

und Europa. In Afrika würde es z. B. — immer diesen hypothetischen Berechnungen entsprechend — erst einen Stand erreichen, der etwa dem *heutigen* Standard der nahöstlichen Region oder einem Fünftel des *heutigen* westeuropäischen Standards entspricht. Das westeuropäische Pro-Kopf-Einkommen von 1980 würde ungefähr neunmal so hoch sein wie das afrikanische. Diese Zahlenbeispiele, die eine größenordnungsmäßige Vorstellung von dem hier behandelten Problem auch in weiterer Perspektive zeigen sollen, lassen erkennen, daß das Problem der Zweiteilung der Welt in entwickelte und unterentwickelte Länder ein langfristiges ist und nur durch bewußte und weitgreifende Maßnahmen gemildert werden kann.

## Formen und Problematik der Hilfeleistung

### Selbsthilfe oder Fremdhilfe

Die Notwendigkeit eines beschleunigten wirtschaftlichen Fortschrittes in den unterentwickelten Ländern gab zu einer lebhaften Diskussion Anlaß, ob und wie ihnen durch Industrialisierung und Beistand der entwickelten Länder geholfen werden kann. Die Zahl und die Weite der unterentwickelten Räume zwingen die unterentwickelten Länder, selbst am meisten zu ihrer Industrialisierung beizutragen. Schon die rein ökonomischen Maßnahmen werden große Anstrengungen erfordern (Kapital muß gebildet, der Produktionsprozeß umorganisiert, die Bevölkerung umerzogen, Absatzgebiete neu geschaffen werden u. a. m.). Sie allein werden aber in den meisten Fällen nicht genügen. Entscheidende Vorstöße in der Wirtschaftsentwicklung werden nur dann erzielt werden können, wenn die bestehenden Institutionen weitgehend umgestaltet und neue Verhaltensweisen im Produktions- sowie im Bevölkerungsprozeß geweckt werden. Zum Teil zieht allerdings die ökonomische Entwicklung die notwendigen institutionellen und sozialpsychologischen Veränderungen selbst nach sich (so sinkt z. B. mit wachsender Verstädterung die Geburtenzahl), so daß zwischen ökonomischen und außerökonomischen Wachstumsvoraussetzungen eine ständige Wechselbeziehung besteht.

Die unterentwickelten Länder werden sich aber nur dann selbst helfen können, wenn ihnen als traditionsgebundenen Volkswirtschaften eine kräftige „Initialzündung“ ermöglicht, aus dem knapp am Existenzminimum liegenden „Teufelskreis“ hervorzutreten und Überschüsse für den Beginn eines Industrialisierungsprozesses bereitzustellen, der sich später aus eigenem fortsetzen und stei-

gern läßt. Zu einer solchen „Initialzündung“ kann die entwickelte Welt einen entscheidenden Beitrag leisten. Zunächst werden es weitreichende Maßnahmen sein müssen, damit der Durchbruch zu neuen Formen der Produktions- und Produktivitätssteigerung möglich wird. Sobald er gelungen ist, könnten die Hilfeleistungen allmählich ausklingen, wie das etwa bei der Marshallplan-Hilfe der Fall war. Die Hilfe an unterentwickelte Länder muß allerdings mit weit längeren Zeiträumen rechnen als die Wiederaufbauhilfe an kriegszerstörte, aber entwickelte Länder. Ein bekannter Fachmann der Theorie und Praxis der Wirtschaftshilfe, der Volkswirtschaftler *Rosenstein-Rodan*, führt über Hilfeleistungen und Selbsthilfe folgendes aus:

„Die Aufgabe eines internationalen Hilfsprogramms an unterentwickelte Länder ist es, deren wirtschaftliche Entwicklung bis zu jenem Punkt zu beschleunigen, wo eine ausreichende Wachstumsrate auf eigenständiger Basis erzielt werden kann. Die Funktion des Auslandskapitals in einem Entwicklungsprogramm ist nicht die unmittelbare Hebung des Lebensstandards in den unterstützten Ländern, sondern die Schaffung von Voraussetzungen für den Übergang von wirtschaftlicher Stagnation zu einem eigenständigen Wirtschaftswachstum. Den Hauptbeitrag zu diesem Übergang müssen die Bemühungen der Bewohner der unterstützten Länder selbst leisten. Ohne diese Bemühungen würde der Auslandsbeitrag eine Verschwendung bedeuten“<sup>1)</sup>.

Auch wenn die Notwendigkeit einer Hilfe an die unterentwickelten Staaten anerkannt wird, bleiben noch immer zahlreiche Möglichkeiten offen, wie und mit welchem Ziel sie geleistet wird. Darüber wird schon seit mehr als einem Jahrzehnt lebhaft diskutiert. Die Vielschichtigkeit des Problems läßt begrifflicherweise keine eindeutigen und einfachen Lösungen zu. Im folgenden werden einige wichtige Diskussionspunkte herausgehoben.

### Hilfe oder Handel

Nicht nur Kapitalimporte (Anleihen und nicht rückzahlbare Darlehen) sondern auch der Ausbau des Außenhandels und neue Handelsbeziehungen können die unterentwickelten Länder zu ergiebigeren Formen der Produktion gelangen lassen. Es war das klassische Rezept des 19. Jahrhunderts, das Wirtschaftsniveau der unterentwickelten Länder zu heben, indem sie in den Welthandel einbezogen

<sup>1)</sup> P. N. Rosenstein-Rodan, „International Aid for Underdeveloped Countries“, *The Review of Economics and Statistics* (Mai 1961), S. 107

wurden. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß freier Handel zwischen sehr ungleich entwickelten Ländern die Industrialisierung des zurückgebliebenen Landes eher hemmt als fördert. Werden jedoch die Sonderbedürfnisse der unterentwickelten Länder genügend berücksichtigt, dann kann der Handel eine wichtige Stütze des Aufbauprozesses sein.

Auf zwei Wegen könnten internationale Reorganisationsmaßnahmen auf dem Gebiet des Handels die wirtschaftliche Basis und die Wachstumsmöglichkeiten der Entwicklungsländer stärken. Erstens wäre es möglich, die Kaufkraft der unterentwickelten Länder durch Stabilisierung der Preise ihrer traditionellen Ausfuhrgüter (Rohstoffe und Agrarerzeugnisse) zu festigen. Die geringe Elastizität der Nachfrage und des Angebotes auf den Rohstoffmärkten führt immer wieder zu starken Preisschwankungen, die das Zahlungsbilanzgleichgewicht der unterentwickelten Länder bedrohen und ihre Investitionspolitik in Unordnung bringen. Überdies besteht eine den unterentwickelten Ländern ungünstige Tendenz zu einer Preisschere zwischen ihren Exportpreisen und jenen der Industriestaaten. Eine Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1949 errechnete, daß die unterentwickelten Länder im Jahre 1947 aus ihrem Export eine zusätzliche Summe von 2,5 bis 3 Mrd. \$ eingenommen hätten, wenn die gleichen internationalen Austauschbedingungen bestanden hätten wie im Jahre 1913<sup>1)</sup>. Während des Koreakonfliktes besserten sich die Austauschbedingungen für die unterentwickelten Länder; seit 1954 haben sie sich jedoch wieder ständig verschlechtert. Ein Index der internationalen Austauschbedingungen für unterentwickelte Länder ist von 1954 bis 1960 um 11% gesunken<sup>2)</sup>. Die Frage des Abschlusses von Rohstoffabkommen, durch die die Preise von Primärerzeugnissen stabil bleiben oder gefestigt werden sollen, wurde daher in letzter Zeit in internationalen Organisationen immer stärker erörtert (EWG, FAO, UNO, OECD). Die wichtigste Voraussetzung für die Stabilisierung der Rohstoffmärkte und für die Förderung der Prosperität in den Entwicklungsländern ist allerdings die Fortdauer der Konjunktur in den Industriestaaten

<sup>1)</sup> UN, *Relative Prices of Exports and Imports of Underdeveloped Countries* (1949), S. 17.

<sup>2)</sup> Eine Verschlechterung der Austauschbedingungen bedeutet zwar nicht unbedingt, daß sich auch die Lage des betroffenen Landes verschlechtert. (Die Austauschbedingungen unterliegen den verschiedensten — teils positiven, teils negativen — Einflüssen.) Es ist jedoch anzunehmen, daß die unterentwickelten Länder durch diese Verschiebung der Austauschrelationen zumindest teilweise wirtschaftliche Einbußen erlitten.

### Die internationalen Austauschbedingungen in den unterentwickelten Ländern

Zeit	Ausfuhrpreise	Einfuhrpreise	Austauschbedingungen (Ausfuhrpreise dividiert durch Einfuhrpreise)
		1954=100	
1955	100	101	99
1956	99	103	96
1957	99	107	93
1958	95	103	92
1959	91	101	90
1960	92	103	89

Anmerkung: Die Bezeichnung „Unterentwickelte Länder“ in dieser Tabelle umfaßt Lateinamerika Afrika ohne die Südafrikanische Union, den Nahen Osten, Asien ohne Japan, China, Sowjetunion, Nordkorea, Nordvietnam und Äußere Mongolei.

Q: United Nations, „Current Economic Indicators“ (Vol. 1, Nr. 3, 1961), S. 198.

Der zweite Ansatzpunkt für eine handelspolitische Hilfe an die Entwicklungsländer wäre eine Besserung der Absatzchancen für die jungen Industrien dieser Länder. Einen Großteil der allmählich wachsenden Industrieproduktion der Entwicklungsländer wird der heimische Markt aufnehmen, da mit dem Industrialisierungsprozeß auch der Konsum wachsen wird. Ein Teil der Produktion muß aber im Ausland abgesetzt werden, damit zusätzliche Mittel, insbesondere Investitionsgüter, für den kumulativen Entwicklungsprozeß gewonnen werden können. Ein wachsender Absatz im Ausland ist auch notwendig, wenn man die neu entstehenden Industriestaaten in die Weltwirtschaft integrieren und nicht als isolierte Blöcke beiseitestehen lassen will.

Die Exportbemühungen der Industrien in den unterentwickelten Ländern stoßen auf die Schutzzölle und den Widerstand der etablierten Industrien in den „alten“ Industriestaaten. Diese Schutzbedürfnisse mögen zum Teil berechtigt sein. Aber durch eine allmähliche Strukturänderung, insbesondere wenn die Produktions- und Exportschwerpunkte auf höherwertige und kompliziertere Erzeugnisse verlagert werden, könnte man den handelspolitischen Bedürfnissen der unterentwickelten Staaten entgegenkommen, ohne das Beschäftigungsniveau in den entwickelten Ländern zu gefährden.

Bestrebungen in dieser Richtung haben in letzter Zeit begonnen. Die Europäische Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) hat sich in ihrem Bericht für 1960 ausführlich mit diesem Problem beschäftigt und vorgeschlagen, die westeuropäischen Industriestaaten mögen jedem einzelnen unterentwickelten Land gestatten, pro Jahr Fertigwaren bis zu einer Höhe von 3% oder 5% des vorjährigen Gesamtimportes dieser Warengruppe zoll- und kontingentfrei zu liefern. Erst wenn diese Grenze überschritten würde, müßte für die Ware

aus dem unterentwickelten Land der normale Zoll gezahlt werden<sup>1)</sup>. Enger begrenzt, aber mehr an der Praxis orientiert ist der Beschluß der auf amerikanische Initiative im Juli 1961 einberufenen GATT-Konferenz über den internationalen Handel mit Baumwolltextilien. Es wurde ein dreiteiliges Abkommen ausgearbeitet. Der erste Teil sieht eine freiwillige Beschränkung der Exporte von billigen Baumwolltextilien aus den (weniger entwickelten) Ländern für den Zeitraum Oktober 1961 bis September 1962 auf die bisherige Höhe vor (falls es das Importland verlangt); der zweite Teil verpflichtet die Industriestaaten, die Einfuhr von Baumwolltextilien ab September 1962 allmählich zu liberalisieren; im dritten Teil wird vorgeschlagen, einen permanenten Textilausschuß zu schaffen, der dieses Problem auf längere Sicht lösen soll.

Ob Hilfe oder Handel bevorzugt werden soll, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Die Entwicklungsländer benötigen so starke Förderung, daß man von beiden Seiten stützend eingreifen wird müssen. Sicherlich ist die Wirtschaftskraft vieler unterentwickelter Länder derzeit noch so gering, daß die Förderung des Handels allein kaum ausreicht, genügend Mittel für den notwendigen Entwicklungsstoß zu gewinnen. In manchen Industriestaaten dürfte man auch politisch leichter durchsetzen können, technische und Kapitalhilfe bereitzustellen, als die Handelsschranken zu beseitigen. Andererseits wird sich im Laufe der Zeit das Schwergewicht der Maßnahmen immer stärker von der Hilfe zum Handel verschieben müssen. Die Hilfe soll ein Übergangs- und kein Dauerzustand sein und nur wenn den Industrien der Entwicklungsländer der Zugang zu den Weltmärkten ebnet wird, können sie die Kräfte für ein eigenständiges Wachstum und die Rückzahlung der empfangenen Anleihen mobilisieren. Der Übergang zum Handel hat auch den Vorteil, daß sich die politischen Reibungen und Abhängigkeitsprobleme, die im Zusammenhang mit Hilfsprogrammen entstehen, verringern.

#### Kapitalexport oder technische Hilfe

Die Hilfe an unterentwickelte Länder kann entweder in Waren bestehen (oder Anleihen zum

<sup>1)</sup> ECE, Economic Survey of Europe in 1960 (Genf, 1961), Kap. V („Europe and the Trade Needs of the Less Developed Countries“). Dieser Vorschlag wird dahingehend ergänzt, daß zusätzliche Einschränkungen eingeführt werden könnten, wenn der zollfreie Import aus *allen* unterentwickelten Ländern in einem bestimmten Jahr 20% oder 30% der Gesamtimporte der betreffenden Warengruppe übersteigt.

Ankauf von Waren), insbesondere Investitionsgütern und Subsistenzmitteln für die wachsende Industriearbeiterschaft, oder in technischer Beratung und Schulung für den modernen Produktionsprozeß. In früheren Jahren pflegte man die Hilfeleistung zu einseitig als ein Problem des Transfers von Kapital (Kapitalgütern) anzusehen. Wenn aber nicht gleichzeitig mit der Kapitalzufuhr oder besser noch zuvor entsprechend qualifizierte Führungs- und Arbeitskräfte ausgebildet werden, wird das transferierte Kapital großteils unsachgemäß oder ungenügend eingesetzt werden.

Kapitalhilfe ist daher nur sinnvoll, wenn sie mit technischer Hilfe Hand in Hand geht. Auf sie wird deshalb immer mehr Wert gelegt. Die wichtigsten Formen der technischen Hilfe sind Schulung von Arbeitern aus den Entwicklungsländern, Errichtung von Fachschulen und Einrichtung von Fachkursen, Beistellung qualifizierter Berater, Vergabe von Lizenzen. Mangels geeigneter Personen und Institutionen können jedoch viele dieser Hilfen nicht ohne weiteres geleistet werden. Technische Hilfe kann auch ohne Kapitalhilfe von großem Nutzen sein, da eine Verbesserung der Arbeitsmethoden selbst mit dem vorhandenen Boden und Kapitalstock starke Produktionssteigerungen in Landwirtschaft und Industrie ermöglichen kann. Um den Wachstumsprozeß zu beschleunigen, soll aber die technische Hilfe möglichst durch Kapitalhilfe ergänzt und verstärkt werden.

#### Agrar- oder Industrieinvestitionen

Kapitalhilfe und technische Hilfe können die Produktionsmethoden in der vorherrschenden, aber stagnierenden Agrar- und Rohstoffwirtschaft verbessern oder neue und noch wenig entwickelte Industrien aufbauen. Für den ersten Weg sprechen der große Grundstock an Arbeitskräften, die mit der Landarbeit vertraut sind, ferner die Möglichkeit, auch mit relativ niedrigem Kapitaleinsatz (Düngung, organisatorische Umstellungen usw.) Erfolge zu erzielen, und schließlich der niedrige Lebens- und Ernährungsstandard.

Eine weitere Konzentration auf die Primärprodukte erhöht aber die Außenhandelsschwierigkeiten dieser Länder, die meist schon bisher zu sehr von der Ausfuhr weniger Urprodukte abhängen, die zudem starken Preisschwankungen unterliegen. Ein wesentlicher Fortschritt im Entwicklungsprozeß kann nicht ohne einen kräftigen Anstoß im Industriesektor erzielt werden und hierfür ist in gewissem Maße Außenhilfe notwendig. Die Industrialisierung

hilft auch, die häufige Übervölkerung auf dem Land zu entlasten, und fördert damit die Reorganisation der Agrarwirtschaft. Ferner schafft sie den Typ des neuen, technisch und dynamisch statt traditionsgebunden denkenden Menschen, ohne den die wirtschaftliche Umwälzung nicht möglich ist.

Die Entwicklungshilfe wird daher in den meisten Fällen am besten wohl abgewogen in Agrar- und Industrieprojekten eingesetzt. Konzentriert sie sich zu sehr auf die Urproduktion (der Fehler der Kolonialperiode), die dann zum Großteil exportiert werden müßte, würde der Entwicklungsprozeß verzögert oder sogar vereitelt werden. Wird die Industrie zu einseitig gefördert, so besteht die Gefahr einer unzulänglichen Ernährungs- und Rohstoffbasis für die wachsende städtische Bevölkerung. Daraus können Inflation und Zahlungsbilanzschwierigkeiten erwachsen, die schließlich den Entwicklungsprozeß hemmen würden.

Unabhängig von der speziellen „Mischung“, die für den Agrar- und Industriesektor gewählt wird, ist in fast allen Fällen der Ausbau der Infrastruktur (Verkehrswege, Hafenanlagen, Energieversorgung, Bewässerung, Schulen, Spitäler usw.) eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg des Entwicklungsprogramms. Erst diese Investitionen machen viele andere Projekte rentabel. Nur auf einer genügend ausgebauten Infrastruktur ist eine kumulative Entwicklung zu differenzierten Wirtschaftsformen möglich.

#### Arbeits- oder kapitalintensive Investitionen

Ein weiteres Problem, das sich zum Teil mit dem soeben behandelten überschneidet, ist die Frage, ob die Kapitalhilfe vor allem in arbeitsintensiven oder in kapitalintensiven Projekten eingesetzt werden soll. Die nach rascher Modernisierung ihrer Wirtschaftsstruktur drängenden Entwicklungsländer sind häufig von den neuesten technischen Produktionsmethoden, die oft auch zu den kapitalintensivsten zählen, besonders fasziniert und wollen sie bevorzugen. Sie vernachlässigen aber, daß in den meisten dieser Länder Arbeitskräfte unterbeschäftigt oder unproduktiv eingesetzt sind. Ihre Produktivität muß gesteigert werden, wenn sich die Wirtschaft auf breiter Front entwickeln soll. Würde sich die wahrscheinlich knappe Kapitalhilfe auf kapitalintensive Projekte beschränken, dann könnten nur verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte in neue, technisch entwickeltere Arbeitsprozesse einbezogen werden. So können einige Enklaven mit hochgezüchteten modernsten Produktionsmethoden entstehen, von denen auf die übrige, auf traditioneller Grund-

lage stagnierende Wirtschaft nur wenig Wirkung ausstrahlen würde. In manchen Kolonialländern und insbesondere in den unterentwickelten Erdölstaaten gibt es dafür Beispiele.

Die Investitionsplanung muß daher die von den Industriestaaten abweichenden Proportionen der Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) berücksichtigen. Die dünne Kapitaldecke muß auf einen größeren Kreis von Arbeitskräften ausgedehnt werden, auch wenn derartige arbeitsintensive Methoden nicht immer den technischen und Rentabilitätsvorstellungen der entwickelten Länder entsprechen. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag erwähnenswert, auch Maschinen und Kapitalausrüstungen, die in den Industrieländern infolge des raschen technischen Fortschrittes veraltet sind, an unterentwickelte Länder abzugeben, wo ihr Einsatz angesichts der Kapitalarmut und des reichlichen Arbeitskräfteangebotes durchaus noch angebracht sein mag. Besonders produktiv könnten Maschinen werden, wenn schon bei ihrer Konstruktion die besonderen Bedürfnisse des Landes und der Mangel an Facharbeitern und Kapital stärker berücksichtigt würden.

In den unterentwickelten Ländern mit reichlichem und rasch wachsendem Arbeitskräfteangebot spricht also manches dafür, beim Kapitaleinsatz arbeitsintensive Methoden besonders zu berücksichtigen, wenn diese nicht gar zu unterlegen sind. Wenn auch die unterentwickelten Länder im allgemeinen vermeiden sollten, Industrien zu errichten, die einen zu hohen Kapitalaufwand erfordern, so wäre es doch wenig sinnvoll, den Ausbau einer kapitalintensiven Industrie zu unterbinden oder auf primitive Formen zu beschränken, sofern günstige natürliche und langfristige Voraussetzungen hierfür bestehen.

Auch dynamische und längerfristige Überlegungen sprechen zum Teil für den Einsatz kapitalintensiver Methoden, selbst wenn noch ein großes Reservoir an Arbeitskräften vorhanden ist. Wo zwischen arbeits- und kapitalintensiven Methoden ein sehr weiter Abstand besteht, könnte sich eine zu starke Konzentration auf die (älteren) arbeitsintensiven Methoden später als Belastung erweisen. Ein Vorteil des spätindustrialisierenden Landes — die Verwertung der technischen Erfahrungen der entwickelten Länder und der Aufbau eines „jungen“ und zeitgemäßen Maschinenparks — ginge verloren. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß nur durch den vertrauten Umgang mit modernen und komplizierten Maschinen allmählich jener Grundstock von qualifizierten Arbeitskräften geschaffen werden kann, der für den weiteren Aufbau benötigt wird.

### Private, staatliche und internationale Kapitalhilfe

Neben dem Verwendungszweck des ausländischen Kapitalbeitrages (einschließlich technischer Hilfe) stehen auch die Quellen, aus denen die Hilfe gespeist wird, zur Debatte. Solange die meisten unterentwickelten Gebiete unter kolonialer Abhängigkeit standen, floß der Großteil des Kapitalimportes aus privaten Quellen, obwohl auch damals schon Regierungen und karitative Institutionen die Finanzierung verschiedener Aufgaben, die nicht auf Profitbasis gelöst werden konnten, auf sich nahmen. Privates Kapital wurde vorwiegend in Form direkter Beteiligungen importiert, wodurch die notwendigen Fach- und Führungskräfte von vornherein gesichert waren.

Auch nach dem zweiten Weltkrieg floß wieder privates Kapital in unterentwickelte Länder, aber weit mehr in Form von Anleihen. Dadurch wurde der Mangel an Fachkräften besonders fühlbar. Aus verschiedenen Gründen aber hat das Privatkapital verglichen mit der öffentlichen Kapitalhilfe an Bedeutung verloren. Privates Kapital interessiert sich meist nur für einige wenige aussichtsreiche Projekte, insbesondere für die Gewinnung von Rohstoffen. Es reichte selten für ein größeres Entwicklungsprogramm. Die Entwicklungsländer aber haben einen umfassenden Ausbau ihrer Wirtschaft nötig, vor allem Infrastruktur-Investitionen, die vom Privatkapital kaum durchgeführt werden. Außerdem hat die Änderung der politischen Lage — die meisten früheren Kolonial- und Halbkolonialländer wurden politisch unabhängig — Einfluß auf die Kapitalquellen. Die Regierungen der neuen Staaten stehen ausländischen Privatinvestitionen, die sich ihrer Entwicklungspolitik und ihren Entwicklungsprogrammen entziehen können, mißtrauisch gegenüber. Umgekehrt fürchten private Investoren Verstaatlichungsmaßnahmen, Devisenkontrollen und andere wirtschaftliche Eingriffe, denen man nicht mehr auf (inner-)politischem Weg begegnen kann.

Kapital, das die öffentliche Hand für Entwicklungszwecke bereitstellt, kann entweder von Staat zu Staat (bilateral) oder aber über internationale Spezialorganisationen vergeben werden. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden einige internationale Spezialorganisationen ins Leben gerufen, die sich ausschließlich oder vorwiegend der Finanzierung von Entwicklungsprojekten widmen. Zu den bedeutenderen zählen: Weltbank, der Sonderfonds und das Technische Hilfsprogramm der Vereinten Nationen, OECD, International Development Asso-

ciation (IDA), die International Finance Corporation (IFC), Development Assistance Group (DAG), Spezialorganisationen (FAO, UNESCO, WHO usw.) und regionale Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen, Interamerikanische Entwicklungsbank, Europäische Investitionsbank u. a. m.

Das Entwicklungsland hat verschiedene Vorteile, wenn die Hilfsmittel durch internationale Organisationen bereitgestellt werden. Der Hauptvorteil besteht darin, daß an die Anleihen und Hilfeleistungen internationaler Stellen normalerweise weniger politische und wirtschaftliche Bedingungen geknüpft werden. Die eben erst unabhängig gewordenen unterentwickelten Länder legen begreiflicherweise besonderen Wert auf „ungebundene“ Anleihen. Aber auch vom Standpunkt der Weltwirtschaft sprechen einige Argumente zugunsten einer multilateralen, internationalen Kapital- und technischen Hilfe. Die regionale Verteilung der bilateralen Hilfe wird meist dem Bestreben untergeordnet, politische und wirtschaftliche Einflusssphären zu schaffen oder zu erhalten, wogegen die internationale Hilfe überwiegend dort eingesetzt werden kann, wo sie am dringendsten benötigt wird oder die raschesten Erfolge verspricht. Ferner sind bilaterale Kapitalhilfen häufig an die Bedingung geknüpft, daß mit den erhaltenen Beträgen vorwiegend oder ausschließlich im Geberland eingekauft wird. Dadurch wird ein reibungsloser Einbau der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft behindert. Bei den Kredithilfen internationaler Organisationen, die naturgemäß keine solchen „Einbahnbestimmungen“ enthalten, fällt diese Gefahr fort. Allerdings können auch in internationalen Organisationen Großstaaten oder Staatengruppen die Hilfeleistungen nach ihren Interessen beeinflussen.

Trotz diesen Argumenten für eine internationale Koordination der Entwicklungshilfe und trotz der wachsenden Zahl einschlägiger Organisationen wird der weitaus größte Teil der öffentlichen Beiträge bilateral geleistet. Im Durchschnitt der Jahre 1956/1959 entfiel mehr als die Hälfte des Kapitalstroms, der aus Nordamerika und Westeuropa in die unterentwickelten Länder floß, auf direkte Staatsbeiträge, etwa 40% auf private Kapitalüberweisungen und nur rund 7% stammten aus öffentlichen Beiträgen an internationale Organisationen<sup>1)</sup>.

Daß die bilateralen Hilfeleistungen überwiegen, ist eine natürliche Folge der politischen Gliede-

<sup>1)</sup> OEEC, *The Flow of Financial Resources to Countries in Course of Economic Development, 1956—1959* (Paris, 1961), S. 9.

rung der Welt in souveräne Staaten. Jede Regierung ist bestrebt, selbst zu überwachen, wie die Mittel, die sie aufbringt, eingesetzt werden. In vielen Fällen werden entscheidende Gruppen oder die Wählerschaft nur dann größere Summen für die Entwicklungshilfe bewilligen, wenn ihre Verwendung kontrolliert werden kann. Somit wäre es utopisch — obwohl an sich wünschenswert — zu fordern, daß die gegenwärtigen bilateralen Hilfsleistungen ausschließlich in internationale Kanäle übergeleitet werden. Wahrscheinlich würden dann für Entwicklungshilfen weit weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die bilaterale Hilfe wird daher auch weiterhin eine große Rolle spielen. Die weltweite Konkurrenz zwischen West und Ost wird dazu beitragen, daß sie nicht zu einseitig und mit zu engen Bestimmungen vergeben wird. Im Laufe der Zeit wird es vielleicht möglich sein, den Anteil der internationalen Organisationen an der Entwicklungshilfe zu erweitern.

#### Gleichgewichtiges oder ungleichgewichtiges Wachstum

Da die Entwicklungshilfen im Verhältnis zu dem großen Bedarf der unterentwickelten Länder stets knapp sein werden, wird es notwendig sein, sie „strategisch“ richtig einzusetzen, um mit den beschränkten Mitteln einen möglichst großen Effekt zu erzielen. Unabhängig von Unterschieden in der grundlegenden Wirtschaftsphilosophie und in den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen liegen daher in den meisten unterentwickelten Ländern mehr oder weniger detailliert ausgearbeitete Entwicklungs- und Investitionspläne vor. Auch die Hilfe leistenden Staaten und Organisationen arbeiten Richtlinien für den Einsatz der Hilfsmittel aus. So kann insbesondere die Wirtschaftlichkeit der Investitionen in größeren Projekten bedeutend erhöht werden, wenn sie vorausschauend geplant und aufeinander abgestimmt werden<sup>1)</sup>.

Einzelne *allgemeine* Fragen der Entwicklungsstrategie — Agrar- oder Industrieinvestitionen, kapital- oder arbeitsintensive Investitionen — wurden bereits angedeutet. In der umfangreichen Entwicklungsliteratur wird neuerdings ein weiteres Kernproblem investitionsstrategischer Entscheidungen

<sup>1)</sup> Man wird z. B. ein Stahlwerk größer anlegen, wenn man weiß, daß später in der gleichen Region eine stahlverarbeitende Industrie errichtet wird. Die Kapazität des Stahlwerkes mag — gemessen an dem unmittelbaren Bedarf — überdimensioniert sein, kann sich aber auf lange Sicht doch als wirtschaftlich erweisen, da in späteren Jahren die Kostenersparnisse der Großherzeugung voll ausgenützt werden können

behandelt. Es handelt sich um die Frage, ob die Wirtschaft in den unterentwickelten Ländern „gleichgewichtig“ oder „ungleichgewichtig“ („balanced“ oder „unbalanced“) wachsen soll.

Die Idee eines gleichgewichtigen Wachstums ist naheliegend und einleuchtend. Mit wachsender Produktion und steigendem Lebensstandard ergibt sich eine Vielfalt neuer, ineinandergreifender Nachfrageströme: nach Nahrungsmitteln, Rohstoffen, halbfertigen und Fertigwaren aller Art. Eine von der Vorstellung des „gleichgewichtigen Wachstums“ inspirierte Entwicklungshilfe würde anstreben, die Hilfsmittel auf die gleichzeitig wachsenden Industrien breit zu streuen, so daß sich die voneinander abhängigen Angebots- und Nachfrageströme möglichst harmonisch entwickeln können. Eine Investitionspolitik dieser Art versucht, Reibungen und Engpässe zu vermeiden; die jungen Industrien und die Agrar- und Rohstoffproduzenten sollen sich gegenseitig Märkte für die neuen Produkte zur Verfügung stellen, sich aneinander „hochranken“. Eine solche breite Streuung der knappen Kapitaldecke bedeutet jedoch, daß die Kapitalhilfe für die einzelnen Projekte nur sehr gering sein kann.

Die Vertreter eines „ungleichgewichtigen“ Wachstums sind nicht so sehr bemüht, den Investitionsprozeß reibungslos zu gestalten, sondern sie wollen die unterentwickelten Länder vor allem aus ihrer Stagnation herausreißen und von ihren herkömmlichen Wirtschafts- und Produktionsgewohnheiten befreien. Dazu muß das beschränkt verfügbare Kapital in aussichtsreichen Investitionsprojekten eingesetzt werden, die technisch und erzieherisch die besten Erfolge und eine große Breitenwirkung versprechen. Derartige Projekte wären zu bevorzugen, auch wenn sie einen relativ großen Teil des vorhandenen Kapitals beanspruchen. Diese massiven Investitionsprojekte, die gleichsam erratische Blöcke in der Wirtschaftslandschaft darstellen, würden Bedarfsströme auslösen, die vorerst aus anderen Wirtschaftsbereichen nicht oder nur unvollkommen befriedigt werden könnten. Da die angespannte Zahlungsbilanzlage meist auch nur beschränkte Importe erlaubt, sind in einigen Wirtschaftssektoren Engpässe und Preissteigerungen zu erwarten. Solche Spannungen sieht die „Theorie vom ungleichgewichtigen Wachstum“ aber keineswegs als unerwünschte Begleiterscheinung an, sondern sie erhofft sich daraus neue Impulse für die Ausbreitung des Industrialisierungsprozesses.

Die Vielfalt der konkreten Bedingungen läßt keinen der beiden Strategiestandpunkte als ausschließlich richtig gelten. Wie bei den meisten Al-

ternativen liegt die Entscheidung nicht in einem krassen „Entweder-Oder“, sondern in einem verständlichen „Sowohl-als-auch“; es gilt die Möglichkeiten — der historischen Situation angemessen — wohl abzuwägen. So wird es zweifellos in den meisten unterentwickelten Ländern naheliegende und erfolgversprechende Investitionsprojekte (eventuell Großprojekte) geben, die es verdienen (auch wenn sie kostspielig sind), verwirklicht zu werden, und von denen man sich eine große Ausstrahlung versprechen kann. Die Erfolgchancen anderer Projekte dagegen werden gehoben, wenn gleichzeitig vor- und nachgelagerte Wirtschaftszweige ausgebaut und dadurch die Rohstoff- und Absatzgrundlagen gesichert werden.

### Größenordnungen der Entwicklungshilfe

Es ist äußerst schwierig, auch nur eine annähernd richtige Vorstellung von dem Ausmaß der Hilfen zu erhalten, die die entwickelten Staaten den weniger entwickelten Regionen leisten. Das liegt nur zum Teil an statistischen Mängeln, viel mehr jedoch an der Verschwommenheit des Begriffs „Entwicklungshilfe“.

Häufig werden unter dem Begriff „Entwicklungshilfe“ alle Maßnahmen von öffentlicher und privater Seite verstanden, die über den normalen Warenaustausch hinausgehen und sich in irgendeiner Weise entwicklungsfördernd auswirken können. Wird der Begriff so weit gefaßt, so fallen alle Anleihen, Exportförderungsmaßnahmen, verlängerte Zahlungsziele usw. in den Bereich der Entwicklungshilfe. Eine so umfassende Definition läßt zwar die Entwicklungshilfe möglichst groß erscheinen, beraubt aber den Begriff jeden klaren Inhalts. Denn Anleihen, Exportbegünstigungen und ähnliche Maßnahmen kommen entwickelten Staaten in gleichem oder sogar in höherem Maße zugute als den unterentwickelten Staaten. Außerdem werden sie oft ausschließlich dazu eingesetzt, eigene Wirtschaftsinteressen zu fördern. Auch in solchen Fällen von Entwicklungshilfe zu sprechen, hieße den Begriff zu weit fassen. Er schlosse letzten Endes auch den normalen Export in Entwicklungsländer ein, da er zweifellos zur wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Länder beiträgt.

Der Begriff muß daher enger gefaßt werden. Als charakteristisch hätte die Berücksichtigung der *speziellen* Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu gelten. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß eine Hilfsmaßnahme gleichzeitig oder sogar vorwiegend den Interessen des Geberlandes dient. Technische

Hilfe z. B. ist auch dann nützlich, wenn sie von einem entwickelten Land hauptsächlich zu dem Zweck geleistet wird, den eigenen Maschinenexport zu fördern.

Wenn auch dieser engere Begriff die Entwicklungshilfe nicht voll befriedigend definiert, dürfte er doch genügen, die verschiedenen wirtschaftlichen Maßnahmen einigermaßen systematisch zu ordnen. Technische Hilfe, Stabilisierungsabkommen für Rohstoffe, nicht rückzahlbare Darlehen (für nicht-militärische Zwecke), niedrig verzinsliche oder sehr langfristige Anleihen werden fast stets bis zu einem gewissen Grad den Charakter einer Hilfeleistung haben, in anderen Fällen wird die Frage nach den konkreten Umständen zu entscheiden sein.

Eine gewisse Größenvorstellung über das Ausmaß der Entwicklungshilfe läßt sich aus den Ergebnissen einer Umfrage der OEEC bei ihren Mitgliedstaaten sowie bei den USA und Kanada gewinnen<sup>1)</sup>

Der OEEC-Bericht weicht der heiklen Frage aus, was unter „Entwicklungshilfe“ zu verstehen ist, indem er einen Überblick vermittelt, wieviel Kapital aus den entwickelten Ländern in die unterentwickelten fließt. Neben Hilfsaktionen sind auch rein kommerzielle Transaktionen bilateraler und multilateraler Art eingeschlossen; nicht aufgenommen sind ausgesprochene Militärkredite und Anleihen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. In diesen weiten Grenzen ergibt sich für 1950 bis 1955 ein durchschnittlicher jährlicher Kapitalfluß von 3,5 Mrd. \$ aus den OEEC-Staaten, USA und Kanada in die unterentwickelten Gebiete. 1956 bis 1959 waren es durchschnittlich 6,8 Mrd. \$ (davon USA: 3,5 Mrd. \$) pro Jahr. Von 1956 bis 1959 konnte im *Gesamtkapitalstrom* keine steigende Tendenz festgestellt werden; die Struktur hat sich aber deutlich von (abnehmenden) privaten zu (wachsenden) öffentlichen Kapitalleistungen verschoben.

Es kann nur ein Teil dieser Kapitalleistungen sinngemäß als Entwicklungshilfe bezeichnet werden. Die Daten des OEEC-Berichts lassen sich nicht in Entwicklungshilfe und sonstige Leistungen trennen. Man kann jedoch ungefähr die staatlichen Leistungen und Leistungen an die internationalen Entwicklungsorganisationen als Entwicklungshilfe im engeren Sinne zusammenfassen. Private Kapitalströme werden hierbei dem normalen kommerziellen Verkehr zugeordnet. Diese Abgrenzung läßt freilich zu wünschen übrig. Einige staatliche Leistungen (Re-

<sup>1)</sup> OEEC, *The Flow of Financial Resources to Countries in Course of Economic Development, 1956—1959* (Paris, 1961)

## Übersicht 4

Kapitalleistungen<sup>1)</sup> der OEEC-Staaten, der USA und Kanadas an unterentwickelte Länder und internationale Entwicklungsorganisationen

	Bilaterale Leistungen		Private Leistungen		Reinvestitionen von Profiten u Zinsen	Leistungen an internationale Organisationen	Zusammen
	Staatliche Leistungen	Anleihen	Garantierte Exportkredite	Neue Anleihen u. Investitionen			
	Nichtrückzahlbare Leistungen <sup>2)</sup>						
	Mrd. \$						
Ø 1950/1955	1.2	0.6	0.2	0.7	0.6	0.2	3.5
1956	2.0	0.9	0.4	1.5	1.0	0.2	6.1
1957	2.2	1.1	0.5	2.1	1.0	0.5	7.4
1958	2.4	1.4	0.2	1.4	0.9	0.7	7.1
1959	2.4	1.6	0.3	1.1	0.8	0.5	6.7
Ø 1956/1959	2.3	1.3	0.4	1.5	0.9	0.5	6.8

Q: OEEC, The Flow of Financial Resources to Countries in Course of Economic Development (Paris, 1961), S. 10 — <sup>1)</sup> Die Angaben beziehen sich auf Nettoleistungen, also nach Abzug von Rückzahlungen — <sup>2)</sup> Einschließlich Reparationen und Schadensgutmachungen

parationen, ein Teil der Verteidigungshilfe der amerikanischen International Co-operation Administration) können nicht als Entwicklungshilfe bezeichnet werden; dagegen haben einige der privaten Leistungen mit ihren längeren Zahlungszielen und günstigeren Zinssätzen, die durch staatliche Exportkreditgarantien ermöglicht wurden, den Charakter einer Entwicklungshilfe. Da sich Abweichungen bis zu einem gewissen Grad ausgleichen, dürfte die vorgeschlagene behelfsmäßige Abgrenzung zwischen Entwicklungshilfe und sonstigen Leistungen doch zu einigermaßen plausiblen Ergebnissen führen.

So rechnend, erhält man für 1956 ein Beitrag zur Entwicklungshilfe von 3.1 Mrd. \$, der bis 1958/1959 auf 4.5 Mrd. \$ pro Jahr stieg (davon USA: 2.3 Mrd. \$). Diese Summe entfernt sich nicht allzuweit von einer auf andere Art gewonnenen Schätzung von *Rosenstein-Rodan*<sup>1)</sup>, der die Entwicklungshilfe der entwickelten kapitalistischen Länder für 1959/60 auf 3.65 Mrd. \$ (unter enger Abgrenzung gewisser Leistungen) bis 4.65 Mrd. \$ (unter etwas weiterer Abgrenzung) pro Jahr einschätzt (davon USA: 2.4 Mrd. \$).

Zu den Leistungen Nordamerikas und Westeuropas kommt noch die Entwicklungs- und technische Hilfe der sozialistischen Länder. Auch darüber gibt es keine umfassenden Unterlagen. Zwar werden laufend Nachrichten über einzelne Hilfsabkommen veröffentlicht, doch fehlt eine zusammenhängende Darstellung. Ein Bericht des US-State-Departments vom August 1960 schätzte die Entwicklungshilfe des Ostblocks seit 1954 auf insgesamt 3.8 Mrd. \$ oder

rund 0.6 Mrd. \$ jährlich (davon Sowjetunion: 2.9 Mrd. \$ bzw. 0.5 Mrd. \$)<sup>2)</sup>. Diese Zahlen dürften zu niedrig sein, weil sie die nicht unbeachtliche technische Hilfe der UdSSR, der ČSSR und der DDR sowie die Entwicklungsabkommen mit den afroasiatischen neutralen Staaten nur lückenhaft enthalten und die Entwicklungshilfe innerhalb des Ostblocks (an China, Nord-Korea, Nord-Vietnam, die Mongolei und zum Teil die osteuropäischen Staaten) überhaupt nicht beinhalten. Schließt man die blockinterne Hilfe mit ein, so würden sich die obigen Summen wahrscheinlich mehr als verdoppeln.

Die westliche Entwicklungshilfe (der OEEC-Länder, der USA und Kanadas) von ungefähr 4.5 Mrd. \$ im Jahre 1959 entspricht etwas mehr als 1/2% (0.56%) des damaligen Brutto-Sozialproduktes dieser Staatengruppe (797.9 Mrd. \$)<sup>3)</sup>. Länder mit überseeischem Besitz (wie Frankreich und Großbritannien) setzen einen relativ hohen Prozentsatz ihres Sozialproduktes für Entwicklungshilfe ein, zum Teil handelt es sich aber um normale Verwaltungsmaßnahmen, die auch andere Staaten in weniger entwickelten Regionen des eigenen Hoheitsgebietes treffen. Schließt man die privaten Kapitalübertragungen ein, dann erreichte der gesamte Kapitalfluß von den genannten westlichen Ländern in die unterentwickelten Regionen im Jahre 1959 (6.7 Mrd. \$) 0.8% des Brutto-Sozialproduktes.

Absolut wie relativ entsprechen diese Leistungen nicht dem Betrag, der allgemein als notwendig angesehen wird, einen entscheidenden Entwicklungsstoß in den unterentwickelten Ländern zu erzielen. Wohl konnten mit verhältnismäßig geringem Kapitaleinsatz beachtliche Produktionssteigerungen erreicht werden. Da jedoch die Bevölkerung meist viel stärker wächst als in den entwickelten Ländern, muß ein Großteil der Kapitalbildung dazu verwendet werden, die bisherige Pro-Kopf-Produktion aufrechtzuerhalten. Bei einem Wachstum der Bevölkerung von 2% im Jahr und einem Kapital-Produktions-Koeffizienten von 3 müssen allein zur Aufrechterhaltung des bisherigen Lebensstandards 6% des Sozialproduktes investiert werden.

Schon vor zehn Jahren berechnete eine von den Vereinten Nationen eingesetzte Expertengruppe, daß für ein Entwicklungsprogramm, das zu einer Pro-Kopf-Einkommenssteigerung von 2% pro Jahr führen soll, zunächst ein jährlicher Kapitalimport

<sup>1)</sup> P. N. Rosenstein-Rodan, a. a. O., S. 116. *Rosenstein-Rodan* schließt gewisse Teile der öffentlichen Kapitalübertragungen aus, bezieht aber einen Teil der Privatinvestitionen ein. Die Studie der OEEC mit ihren umfassenderen Angaben dürfte *Rosenstein-Rodan* noch nicht zur Verfügung gestanden sein.

<sup>2)</sup> New York Herald Tribune, 8. August 1960. P. N. *Rosenstein-Rodan*, a. a. O., setzt die Entwicklungshilfe der UdSSR ebenfalls mit 0.5 Mrd. \$ pro Jahr an.

<sup>3)</sup> Siehe OEEC Statistical Bulletins, *General Statistics* (Juli 1961), S. VI — XXVIII.

(Entwicklungshilfe plus Privatinvestitionen) von 10 Mrd. \$ notwendig wäre<sup>1)</sup>. Berücksichtigt man die Preissteigerung seit 1950, dann entspricht dieser Betrag heute einer Summe von 12,3 Mrd. \$. Das ist fast das Doppelte des (im OEEC-Bericht erfaßten) tatsächlichen Kapitalstroms. Zu einem ähnlichen Resultat gelangt man, wenn man die tatsächliche Entwicklungshilfe (im engeren Sinn) in der Höhe von 0,56% des Brutto-Sozialproduktes dem häufig geforderten Beitrag von 1% des Brutto-Sozialproduktes gegenüberstellt<sup>2)</sup>.

### Österreich und die Entwicklungshilfe

Der große Bedarf an Hilfeleistungen in den unterentwickelten Ländern wird in den nächsten Jahren voraussichtlich steigende Beiträge der entwickelten Industriestaaten erfordern. In welchem Ausmaß und in welcher Form soll sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen?

Teilt man die Welt in entwickelte und unterentwickelte Staaten, so zählt Österreich zweifellos zu den ersten, gleichgültig, welche Maßstäbe man anlegt. Bevölkerungsstruktur, Industrialisierungsgrad, Bildungsniveau, Exportstruktur, Pro-Kopf-Einkommen<sup>3)</sup> tragen alle mehr oder weniger das Merkmal eines entwickelten Staates. Allerdings — und hier liegt die Problematik Österreichs (ebenso wie einiger anderer Staaten, z. B. Dänemarks, Norwegens, Finnlands) — gehört Österreich innerhalb der westeuropäisch-nordamerikanischen Industrieregion zu den „weniger entwickelten“ Staaten, deren Kapitalbasis, Industriestruktur und Konkurrenzfähigkeit noch gefestigt werden müssen. Insbesondere die fortschreitende wirtschaftliche Integration läßt diese Aufgaben dringlich erscheinen. Der Rückstand gegenüber anderen Industriestaaten erklärt, wieso Österreich bisher weit mehr entwicklungsfördernde Anleihen empfangt (ERP-Hilfe, Weltbankkredite) als gewährte.

<sup>1)</sup> United Nations, *Measures for the Economic Development of Under-Developed Countries* (New York, 1951), S. 78/9

<sup>2)</sup> Siehe z. B. die Vorschläge der 4. Tagung der Development Assistance Group (DAG), die vom 27. bis 29. März 1961 in London abgehalten wurde. Die DAG soll auf Grund der Konvention zur Gründung der OECD (Nachfolgeorganisation der OEEC) dieser Organisation als Komitee für Entwicklungshilfe angegliedert werden.

<sup>3)</sup> P. N. Rosenstein-Rodan (a. a. O., S. 110) legt als ungefähre Grenze für ein entwickeltes Land, das zur Entwicklungshilfe beitragen soll, ein Brutto-Sozialprodukt pro Kopf von 600 \$ fest. Österreichs Pro-Kopf-Sozialprodukt betrug 1960 etwas mehr als 800 \$, wenn man die Kaufkraftunterschiede berücksichtigt, war es noch höher.

Diese relative Armut Österreichs (innerhalb des westeuropäisch-nordamerikanischen Bereiches) und die Kleinheit des Landes, die auf jeden Fall nur einen sehr geringen Beitrag zuließe, könnten es als fraglich erscheinen lassen, ob Österreich überhaupt in die Entwicklungshilfe eingeschaltet werden soll. Die Argumente, die für eine Teilnahme sprechen, dürften aber — ganz abgesehen von moralischen Überlegungen — bei weitem überwiegen.

Erstens ist Österreich trotz allen Einschränkungen ein entwickeltes Land und das Problem der Entwicklungshilfe wird im Kreise dieser Staaten immer mehr an Bedeutung gewinnen. Wenn Österreich in der neugegründeten OECD ein vollwertiges Mitglied sein will, wird es sich der Mitwirkung an der Entwicklungshilfe nicht entziehen können. Dem steht nicht entgegen, daß Österreich selbst Kredite erhält. Auch andere Staaten nehmen gleichzeitig Entwicklungskredite auf und gewähren andere. Solche verzweigte Kapitalströme ergeben sich aus der Verschiedenartigkeit der Fondswidmungen, der Kreditbedingungen, der bilateralen Beziehungen u. a.

Ein weiterer Grund, der für eine aktive Teilnahme Österreichs an den Arbeiten in den Entwicklungsländern spricht, ist die wachsende Bedeutung dieser Länder in der Weltwirtschaft. Entwicklungshilfe und normale Wirtschaftsbeziehungen werden immer stärker ineinanderfließen. Nähme Österreich an der Entwicklungshilfe nicht teil, so könnten sich auf längere Sicht seine Exportchancen auf wichtigen neuen Märkten verschlechtern.

Schließlich ist Österreich für eine aktive Rolle in der Entwicklungshilfe besonders geeignet, weil es so wie Schweden und die Schweiz als neutraler Staat ohne koloniale Vergangenheit in den unterentwickelten Ländern auf keine besonderen Ressentiments stößt. Dies gilt etwa für den Einsatz österreichischer Fachkräfte in internationalen Entwicklungsprojekten, aber auch eigene Hilfsaktionen können dadurch wirksamer werden.

Wenn Österreichs Beiträge zur Entwicklungshilfe sichtbare Erfolge haben sollen, müssen sie systematischer und umfangreicher sein als die bisherigen sporadischen und zufälligen Maßnahmen<sup>4)</sup>. Österreich hat zwar bereits Kapitalhilfe geleistet,

<sup>4)</sup> Einen Schritt zur Systematisierung ihrer Entwicklungshilfe unternahm vor kurzem die Schweiz, deren Nationalrat am 6. Juni 1961 beschloß, die Maßnahmen für die technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu koordinieren, und zu diesem Zweck einen Eröffnungskredit in der Höhe von 60 Mill. Schweizer Franken bewilligte. Für humanitäre Aktionen werden davon gesondert Mittel bereitgestellt.

daraus entstand aber keine kontinuierliche oder geplante Entwicklungstätigkeit. Zu erwähnen sind u. a. Österreichs einmalige Beitragsleistungen an multilaterale Organisationen. Der Weltbank wurden 10 Mill \$, der International Finance Corporation 600.000 \$ beigestellt. Mitte 1961 verpflichtete sich Österreich, als es das Abkommen mit der International Development Association ratifizierte, im Laufe von fünf Jahren 504 Mill. \$ zu zeichnen. Laufende Beiträge an die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen dienen zum Teil der Entwicklungshilfe. Unterentwickelte Länder Südosteuropas erhielten Sonderanleihen (im Zeitraum 1956/59 Kredite und Moratorien an die Türkei und Griechenland in der Höhe von 127 Mill. \$<sup>1)</sup>, in Rourkela (Indien) errichtete die VOEST gemeinsam mit Krupp ein Stahlwerk<sup>2)</sup>. Die so erbrachten Kapitalleistungen — die genaue Höhe läßt sich nicht feststellen — sind jedoch weit geringer als die Summen, die Österreich in Form von Weltbankkrediten erhielt. Von 1955 bis Ende März 1961 waren es 766 Mill. \$, wovon 32 Mill. \$ bereits zurückgezahlt wurden. In den letzten Jahren hat Österreich unter den westeuropäischen Industriestaaten nach Italien die Weltbank am stärksten beansprucht<sup>3)</sup>.

Österreichische Privatinvestitionen in unterentwickelten Ländern hatten bisher nur geringe Bedeutung. Indirekt kommen jedoch auch dank staatlichen Maßnahmen verbilligte Exportkredite<sup>4)</sup> den unterentwickelten Ländern zugute. Zunächst waren die Exportkredit- und Kreditgarantiemaßnahmen hauptsächlich als finanzielle Stütze für die österreichische Exportindustrie gedacht und wurden vorwiegend im Handel mit Westeuropa und anderen Industriestaaten eingesetzt. Die besonderen Erfordernisse der Entwicklungsländer (längere Zahlungsziele) wurden erst im „Besonderen Exportrisikogarantieverfahren“ (BERG) berücksichtigt, das

am 1. Juli 1960 in Kraft trat. Die Republik Österreich übernimmt darin das kommerzielle und politische Risiko für mittelfristige Exportgeschäfte, für die durch die Ausgabe von Kassenobligationen eine Kreditbasis geschaffen wird. Die Laufzeit der Kredite darf (übereinstimmend mit den Regeln der Berner Union) fünf Jahre nicht überschreiten, doch kann mit dem Exportkredit ein Produktionskredit mit Laufzeit bis zu drei Jahren verknüpft werden, so daß eine Gesamtlaufzeit von acht Jahren möglich ist. 1960 wurden nach dem neuen Verfahren Exportgeschäfte von 588 Mill. S garantiert; rund 90% davon entfielen auf Entwicklungsländer. Dadurch hat sich ihr Anteil am gesamten Exportförderungsprogramm<sup>5)</sup> stark erhöht. 1955 bis 1958 wurden jährlich Exporte in Entwicklungsländer in der Höhe von 200 bis 300 Mill. S durch Förderungsmaßnahmen begünstigt. 1959 stieg diese Summe auf nahezu 400 Mill. S, im Jahre 1960 auf 870 Mill. S. Während in früheren Jahren ungefähr ein Fünftel bis zu einem Viertel der geförderten Exporte in Entwicklungsländer ging, waren es 1960 mehr als 40% eines weit höheren Exportvolumens.

Übersicht 5

Exportförderung in Österreich<sup>1)</sup>

Zeit	Geförderte Exporte insgesamt Mill. S	Davon in Mill. S	in unterentwickelten Ländern <sup>2)</sup> in % aller geförderten Exporte
1955	790,8	216,0	27,3
1956	1.183,3	222,3	18,7
1957	1.360,1	264,9	19,4
1958	1.293,6	277,9	21,5
1959	1.461,9	392,3	26,9
1960	2.104,2	869,9	41,3

Q: Österreichische Kontrollbank A.G., *Geschäftsbericht 1960* (Wien, 1961), S. 27 —  
<sup>1)</sup> Ausfuhrförderung durch Ausfuhrförderungskreditverfahren, Exportrisikogarantieverfahren (BERG) und Besonderes Exportrisikogarantieverfahren (BERG) — <sup>2)</sup> Asien (ohne Sowjetunion), Afrika, Südamerika

Einen wichtigen, wenn auch kaum bewußt geplanten Beitrag zur technischen Hilfe hat Österreich bisher durch die wachsende Aufnahme von Studenten aus unterentwickelten Ländern an seinen Hochschulen geleistet. Im Wintersemester 1959/60 studierten an den wissenschaftlichen Hochschulen Österreichs 1.953 Hörer aus außereuropäischen Entwicklungsländern (insbesondere aus Ägypten, Syrien und aus dem Iran). Das sind 61% der gesamten Hörerzahl. Schließt man die Studenten aus den schwachentwickelten Ländern Südosteuropas ein (vor allem Hörer aus Griechenland), so erhöht sich diese Zahl auf 4.414 oder 138%.

<sup>5)</sup> Ausfuhrförderungskreditverfahren, Exportrisikogarantieverfahren, Besonderes Exportrisikogarantieverfahren

<sup>1)</sup> OEEC, *The Flow of Financial Resources...*, a. a. O., S. 37. Im gleichen Zeitraum strömten 91 Mill. \$ Darlehensrückzahlungen aus unterentwickelten Staaten zurück, so daß die Nettoleistung in der bilateralen öffentlichen Kapitalhilfe in diesen vier Jahren 36 Mill. \$ betrug.

<sup>2)</sup> Verhandlungen zu Beginn des Jahres 1961 über einen 14 Mill. Dollar-Kredit an Indien zur Förderung des dritten Fünfjahrplans scheiterten an Differenzen über Kreditdauer und -bedingungen. Eine spätere Beteiligung Österreichs an einer gemeinsamen westlichen Indienhilfe steht weiter zur Diskussion.

<sup>3)</sup> In den ersten Nachkriegsjahren hatte Frankreich einen großen Kredit erhalten (250 Mill. \$).

<sup>4)</sup> Siehe Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1960, Heft 2, S. 62 ff., „Ausfuhrförderung in Österreich“.

Dieser Anteil ist höher als in den anderen westeuropäischen Ländern.

Übersicht 6

*Auslandstudenten an Österreichs wissenschaftlichen  
Hochschulen im Wintersemester 1959/60*

Studierende insgesamt	31 982
davon Auslandstudenten	9 375
davon Entwicklungsländer außerhalb Europas <sup>1)</sup>	1 953
darunter Ägypten und Syrien	871
Iran	616
Südosteuropa <sup>2)</sup>	2 461
darunter Griechenland	2 238
Türkei	157

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, *Österreichische Hochschulstatistik, Wintersemester 1959/60*. — <sup>1)</sup> Asien, Afrika und Amerika ohne USA, Kanada, Südafrikanische Union und Sowjetunion — <sup>2)</sup> Griechenland, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Türkei

Mit den wachsenden Entwicklungsaufgaben der Industriestaaten wird wahrscheinlich auch Österreich einen größeren, regelmäßigeren und bewußteren Beitrag leisten müssen, der möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden sollte. Sein Umfang wird — abgesehen von den internen Möglichkeiten — auch von der Opferbereitschaft der anderen Nationen mitbestimmt werden. Nimmt man die *durchschnittliche* Netto-Kapitalleistung der OEEC-Länder, der USA und Kanadas in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zur Richtlinie (rund  $\frac{1}{2}\%$  des Brutto-Sozialproduktes<sup>1)</sup>, so ergäbe sich für Österreich zu Preisen von 1960 eine jährliche *Netto*-Leistung (d. h. abzüglich der Rückzahlungen aus Entwicklungsländern und eventueller weiterer Weltbankkredite an Österreich) von etwa 750 Mill. S<sup>2)</sup>. Das kann in Anbetracht der relativen Schwäche Österreichs im westeuropäisch-nordamerikanischen Bereich und der bevorstehenden Anpassungsprobleme in der westeuropäischen Integration vorläufig als eine allmählich anzustrebende Maximalleistung angesehen werden. Sie wird rascher an realer Bedeutung gewinnen, wenn die hochentwickelten Staaten in absehbarer Zeit die Empfehlung akzeptieren,  $1\%$  ihres Brutto-Sozialproduktes für Entwicklungshilfe bereitzustellen<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Siehe oben, S. 13.

<sup>2)</sup> Um diese Größenordnung zu veranschaulichen, seien zwei Posten aus dem Budget 1960 genannt: Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen 639 Mill. S, Milchpreisstützung 798 Mill. S.

<sup>3)</sup> P. N. Rosenstein-Rodan, a. a. O., S. 138, schlägt dagegen vor, die Hilfeleistung nicht nach einem fixen Prozentsatz des Brutto-Sozialproduktes, sondern nach den Regeln einer progressiven Steuer auf die Länder aufzuteilen. Er errechnet einen Verteilungsschlüssel für die Entwicklungsbeiträge. Hiefür verwendet er den amerikanischen Einkommensteuerschlüssel und berücksichtigt Familienzahl und Familieneinkommen in verschiedenen Ländern. Wird die Sowjetunion

Auf längere Sicht wird die steigende Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft eine höhere Kapitalhilfe ermöglichen, andererseits wird ein Teil der Entwicklungsländer — insbesondere einige der bereits im Industrialisierungsstadium befindlichen Staaten Südamerikas und Asiens — auf ausländische Hilfe weitgehend verzichten können.

Neben der Höhe des österreichischen Beitrages zur Entwicklungshilfe muß auch die Form des Einsatzes entschieden werden (die allerdings auch von der Höhe des Beitrages abhängt). Die Vielschichtigkeit des Entwicklungsproblems läßt freilich kein einfaches, eindeutiges Rezept zu. Eine Hauptaufgabe wird es vielmehr sein, die Entwicklungshilfe möglichst flexibel und unbürokratisch einzusetzen, so daß dauernd aus den Erfahrungen gelernt werden kann.

Am zweckmäßigsten wird man an die bisherigen Methoden und Erfahrungen anknüpfen. Wie bisher wird Österreich einen Teil seiner Entwicklungshilfe in den multilateralen Entwicklungsorganisationen leisten, deren Aktionsradius sich voraussichtlich noch erweitern wird, und zwar teils in organisatorischer, teils in finanzieller Mitarbeit.

Solange jedoch die meisten Länder aus politischen oder anderen Gründen einen wichtigen Teil ihrer Entwicklungshilfe bilateral vergeben, wird auch Österreich Entwicklungsmittel in dieser Weise einsetzen müssen. Bilaterale Hilfe kann in Form gebundener Anleihen<sup>4)</sup> oder für bestimmte Projekte vergeben werden und so neben den Bedürfnissen der Entwicklungsländer auch die Export- und Zahlungsbilanzinteressen Österreichs berücksichtigen. Die Entwicklungsländer freilich sind daran interes-

nicht eingeschlossen, so würden  $75\%$  der Entwicklungshilfe auf die USA entfallen. Unter den kleineren Staaten ist Österreich nicht aufgezählt, doch sind andere vergleichbare Länder enthalten, wie Schweden mit einem Anteilsatz von  $1,2\%$  (der Gesamtentwicklungshilfe), die Schweiz mit  $0,8\%$ , Holland  $0,6\%$ , Dänemark  $0,4\%$ , Norwegen  $0,3\%$ , Finnland  $0,2\%$ . Setzt man Österreichs Beitrag etwa dem Dänemarks gleich, so müßten pro Jahr  $0,4\%$  der gesamten Entwicklungshilfe geleistet werden. Nimmt man an, daß diese allmählich um die Hälfte bis drei Viertel auf 7 bis 8 Mrd. \$ gesteigert wird, dann ergibt sich ein Beitrag Österreichs von 730 Mill. S bis 830 Mill. S. Also auch nach dieser „progressiven“ Verteilung würde sich der künftige österreichische Beitrag in einer Größenordnung bewegen, die dem Satz von  $\frac{1}{2}\%$  des Brutto-Sozialproduktes entspricht.

<sup>4)</sup> Anleihen, die für Importe aus Österreich verwendet werden müssen. Sie wirklich wirksam zu binden, ist allerdings nicht immer möglich, da die Anleihen vielfach für traditionelle Importe benützt werden und die dadurch freigewordenen Devisen für Einkäufe in anderen Staaten eingesetzt werden können.

siert, daß ein möglichst großer Teil der Anleihen aus den Industriestaaten an keine besonderen Bindungen geknüpft ist. Aber Österreich wird wohl als schwächeres Industrieland, das sich selbst mit Umstellungsproblemen auseinandersetzen muß, auf diesem Gebiet keine Pionierleistung vollbringen. Exportbindungen werden nur allmählich, im Anschluß an die internationale Praxis, aufgehoben werden können. Die bilaterale Hilfe hat überdies den Vorteil, daß Österreich, das in vielen unterentwickelten Ländern noch wenig bekannt ist, selbst als hilfegebendes und exportierendes Land auftritt (was bei multilateralen Aktionen nur selten der Fall ist). Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den unterentwickelten Ländern können dadurch sehr gefördert werden.

Da der Umfang einer österreichischen Kapitalhilfe gemessen an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer und an der gesamten Entwicklungshilfe auf jeden Fall sehr beschränkt sein wird, sollte sie mit größter Umsicht eingesetzt werden. Würden die knappen Mittel über alle Entwicklungsländer gestreut, so bliebe die Hilfe praktisch unbemerkt. Andererseits wäre es auch ein Fehler, die gesamten Mittel ausschließlich für die „Patenschaft“ über ein oder zwei Länder zu verwenden. Selbst wenn der österreichische Entwicklungsbeitrag derart konzentriert würde, reichte er nicht aus, den Kapitalbedarf eines Entwicklungslandes auch nur annähernd zu befriedigen. Außerdem ist Österreich nicht bestrebt, sich bestimmte „Einflußsphären“ zu schaffen, sondern will die Wirtschaftsbeziehungen zu allen Entwicklungsländern soweit wie möglich fördern.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich gewisse Hinweise für einen wirkungsvollen Einsatz einer österreichischen Entwicklungshilfe. Die beschränkten Mittel sollten mäßig gestreut werden, so daß in jedem Einzelfall eine genügend wirksame Summe (Anleihe oder Projektförderung) eingesetzt werden kann. Es sollten einige Schlüsselländer des Entwicklungsraumes (etwa Indien, China, Argentinien oder Brasilien) und jene Staaten besonders berücksichtigt werden, in denen Österreich aus geographischen Gründen oder auf Grund der Außenhandelsstruktur günstige Handelschancen besitzt (Südosteuropa, Naher Osten). Etwaige Restbeträge ließen sich auf andere Staaten aufteilen, wobei im Laufe der Jahre die Partner gewechselt werden könnten, um mit möglichst vielen Ländern Kontakt zu gewinnen.

Ein Teil der Mittel könnte dazu verwendet werden, die bestehenden Exportförderungsmaßnah-

men weiter auszubauen und noch stärker den Bedürfnissen der Entwicklungsländer anzupassen (weite Zahlungsziele, niedriger Zinsfuß). Die Exportförderung soll eine möglichst breite Streuung der Ausfuhr zulassen. Die anderen Formen der Kapitalhilfe (Investitionskredite, Finanzkredite, Projektbeteiligungen usw.) hingegen sollen sorgfältig gezielt werden. Wenn Österreich manche Hilfen auf mehrere Jahre erstreckt und an Gemeinschaftsprojekten mit anderen Staaten teilnimmt, werden die verfügbaren Mittel noch wirksamer eingesetzt werden können. Ein typisches Beispiel für ein solches Gemeinschaftsprojekt war der VOEST-Krupp-Stahlwerksbau in Indien. In ähnlichen Fällen könnte aber auch mit osteuropäischen Staaten (ČSSR, Ungarn) zusammengearbeitet werden.

Die relative Kapitalarmut Österreichs wird allerdings die Kapitalhilfe noch lange in verhältnismäßig engen Grenzen halten. Einen größeren Beitrag zur Entwicklungshilfe kann jedoch Österreich auf dem Gebiet der Technischen Hilfe leisten, wengleich man auch hier Kapital benötigt. Das gut ausgebaute Erziehungswesen, die im Verhältnis zur Bevölkerung hohe Zahl qualifizierter Kräfte, die Neutralität und die kolonialfreie Vergangenheit erleichtern es Österreich, wertvolle Entwicklungsarbeit zu leisten.

Die technische Hilfe kann darin bestehen, daß für bestimmte Aufgaben Fachleute bereitgestellt oder Angehörige der unterentwickelten Länder geschult werden. Fachleute aus Österreich haben schon bisher — ebenso wie Experten aus anderen Staaten — im Rahmen der Technischen Hilfe der UNO und anderer internationaler Organisationen in unterentwickelten Ländern gewirkt. Wenn in der breiten Öffentlichkeit hinreichendes Verständnis für die Bedeutung dieser Aufgabe geweckt wird, kann dieses Wirken weiter intensiviert und produktiver gestaltet werden. Insbesondere müßten sich öffentliche wie private Stellen bereit erklären, Fachleute (oder Teams von Fachleuten) für Entwicklungsaufgaben vorübergehend freizustellen, da auf anderen Wegen schwerlich genügend geeignete Anwärter zu finden sein werden. Es dürften aber nicht irgendwelche zufällig entbehrliche Kräfte, sondern nur wirklich zuständige und gut informierte Fachleute entsandt werden. Andernfalls dient man weder den Bedürfnissen des Entwicklungslandes noch dem Ansehen Österreichs. In den meisten Fällen wird ein längerer Karenzurlaub notwendig sein, da kurzfristige Beratungsdienste (etwa drei Monate) selten

sehr fruchtbringend sind. Um brauchbare und realisierbare Ratschläge erteilen zu können, muß man mit den völlig anders gearteten Verhältnissen in den unterentwickelten Ländern einigermaßen vertraut sein, und das erfordert Zeit.

Leistungsfähige Fachleute auf längere Zeit und in größerem Ausmaß als bisher für die Entwicklungshilfe bereitzustellen, stößt zweifellos auf organisatorische Schwierigkeiten und würde gelegentlich auch finanzielle Opfer erfordern. Andererseits stünde Österreich ein wachsender Stock von Leuten zur Verfügung, die mit den wirtschaftlichen, politischen und sozialpsychologischen Verhältnissen in verschiedenen unterentwickelten Regionen vertraut wären. Diese bisher zum Teil mangelnde Überseeerfahrung würde sich für den weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den aufstrebenden Märkten der Entwicklungsländer als nützlich erweisen.

Auf dem Gebiet der Schulung von Angehörigen der unterentwickelten Länder haben Österreichs Hochschulen bereits einen beachtlichen Beitrag geleistet. Daran kann angeknüpft werden, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß das bisherige Studium ausländischer Studenten nicht als technische Hilfe organisiert wurde und von diesem Standpunkt manche Reformen notwendig wären. Die Studenten aus unterentwickelten Ländern, die derzeit in Österreich studieren, werden meist von ihren Familien erhalten. (Da das Studiengeld bei weitem nicht die Kosten der Ausbildung deckt, subventioniert praktisch auch der österreichische Staat das Studium.) Weder die Studenten noch ihre Studienrichtung wurden von ihrem Heimatland ausgewählt. Wie weit das Studium der Ausländer mit den Entwicklungsbedürfnissen und Entwicklungsprogrammen ihrer Herkunftsländer übereinstimmt, bleibt daher teilweise dem Zufall überlassen.

Eine andere Schwäche im Studium dieser Auslandshörer beginnt schon damit, daß ihnen zwar (im Gegensatz zu manchen ausländischen Hochschulen) der Zutritt zu Österreichs Hochschulen unbegrenzt gestattet wird — sofern die entsprechende Qualifikation vorliegt —, für den größeren Hörerzustrom aber weder die Baulichkeiten und Raumverhältnisse noch das Hochschulpersonal ausreichen. Darunter leidet die Ausbildung der inländischen und ausländischen Hörer. Ferner nimmt der Studienplan in den seltensten Fällen Bedacht auf die besonderen Verhältnisse der Entwicklungsländer. Die Studenten lernen die Probleme ihrer Länder nur aus Vergleichen mit Österreich kennen. Aber

gerade wie die Erfahrungen der Industriestaaten auf unterentwickelte Länder angewendet oder abgewandelt werden sollen, ist *die* schwierige Aufgabe. Ihr sind die jungen Absolventen, wenn sie in die ganz anderen Verhältnisse zurückkehren, kaum gewachsen.

Um den Beitrag, den Österreichs Erziehungssystem, Wissenschaft und Produktionserfahrung zur Technischen Hilfe leisten können, möglichst wirkungsvoll zu gestalten, müßte daher die Schulung stärker den Bedürfnissen der Entwicklungsländer angepaßt werden. In dieser Richtung wäre es wichtig: die Studenten<sup>1)</sup> und Studienrichtung entsprechend auszuwählen; ausreichende Stipendien bereitzustellen; Studenten in der ersten Zeit ihres Aufenthaltes zu betreuen, damit sie sich rascher dem ungewohnten Milieu anpassen können und ein möglichst rascher Studienfortgang ermöglicht wird. Durch Vermehrung der Lehrkräfte, der Lehrgebäude und der Studienbehelfe könnte das Studium (für In- und Ausländer) wirksamer gestaltet werden. Es gilt auch, einen engeren Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden herzustellen, spezielle Vorlesungen und Seminare abzuhalten, die sich mit den allgemeinen und fachlichen Sonderproblemen in den unterentwickelten Ländern beschäftigen.

Selbst wenn die besonderen Bedürfnisse der Studenten aus unterentwickelten Ländern stärker berücksichtigt werden sollten, wird die Technische Hilfe in manchen Fällen einen größeren Erfolg ergeben, wenn Experten an Ort und Stelle unterrichten; entweder in bereits bestehenden Institutionen (Universitäten, Fachschulen, Fabriken, landwirtschaftlichen Genossenschaften) oder in Institutionen, die eventuell gemeinsam mit anderen Staaten erst errichtet werden müßten.

Die Erziehungs- und Technische Hilfe derart auszubauen, erfordert größere finanzielle Mittel. Da Österreich gerade in Erziehung und Technik über gute Voraussetzungen verfügt und gewisse Ansatzpunkte zu Hilfen entwickelt hat, sollte ein beachtlicher Teil der Entwicklungshilfe hier eingesetzt werden. Außerdem könnte die Technische Hilfe durch organisatorische und finanzielle Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen noch erweitert und vertieft werden. Die Neutralität und die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen haben wichtige Voraussetzungen geschaffen, daß Österreich in der Technischen Hilfe einen wertvollen Beitrag leisten kann.

<sup>1)</sup> Der Begriff „Studenten“ ist hier in weitem Sinne aufzufassen und kann auch Schüler an technischen Mittelschulen und anderen Fachschulen einschließen.

## Statistischer Anhang

### Industrieproduktion 1953 bis 1960

Jahr	Welt <sup>1)</sup>	Nordamerika	Westeuropa	Unterentwickelte Länder
1954	101	94	109	109
1955	112	106	120	121
1956	117	109	125	133
1957	121	110	131	142
1958	118	102	134	150
1959	130	115	142	159
1960	137	118	156	178

Q: United Nations, Current Economic Indicators 1961, Vol. 1, Nr. 3. — <sup>1)</sup> Ohne Ostblockländer und China

### Außenhandel zwischen Industriestaaten und nicht-industrialisierten Gebieten 1938, 1950, 1956 bis 1959

Exporte aus	Jahr	Exporte in Industriestaaten		Exporte in Nichtindustrialisierte Gebiete		Gesamter Welt	
		Mrd \$	% <sup>1)</sup>	Mrd \$	% <sup>1)</sup>	Mrd \$	% <sup>1)</sup>
Industriestaaten	1938	8 70	36 8	6 08	25 7	14 78	62 5
	1950	19 60	34 0	13 50	23 4	33 10	57 4
	1956	37 81	40 1	23 18	24 6	60 99	64 7
	1957	40 99	40 3	25 99	25 6	66 98	65 9
	1958	38 43	39 6	25 25	26 0	63 68	65 6
	1959	43 35	42 1	24 51	23 8	67 86	65 9
Nichtindustrialisierten Gebieten	1938	6 66	28 2	2 19	9 3	8 85	37 5
	1950	16 73	29 0	7 82	13 6	24 55	42 6
	1956	23 14	24 6	10 10	10 7	33 24	35 3
	1957	23 43	23 1	11 20	11 0	34 63	34 1
	1958	22 62	23 3	10 78	11 1	33 40	34 4
	1959	24 34	23 6	10 85	10 5	35 19	34 1
Gesamter Welt	1938	15 36	65 0	8 27	35 0	23 63	100 0
	1950	36 33	63 0	21 32	37 0	57 65	100 0
	1956	60 95	64 7	33 28	35 3	94 23	100 0
	1957	64 42	63 4	37 19	36 6	101 61	100 0
	1958	61 05	62 9	36 03	37 1	97 08	100 0
	1959	67 69	65 7	35 36	34 3	103 05	100 0

Anmerkung: Industriestaaten: Nordamerika, Westeuropa, Japan. Die Ostblockstaaten und China sind in dieser Aufstellung in die nichtindustrialisierten Gebiete eingereicht. Der Handel zwischen diesen Ländern ist nicht enthalten

Q: GATT, International Trade 1959. — <sup>1)</sup> Prozent des Weltexportes

### Aushaftende Weltbankanleihen an unterentwickelte Gebiete 1956 bis 1960

Stand am Jahresende	Mill \$
1956	737
1957	965
1958	1 263
1959	1 483
1960	1 767

Q: United Nations, Current Economic Indicators 1961, Vol. 1, Nr. 3

### Österreichs Außenhandel mit Entwicklungsländern<sup>1)</sup>

Jahr	Mill. S	
	Einfuhr	Ausfuhr
1937	167 0	94 1
1950	716 0 <sup>2)</sup>	762 3
1956	2 243 7	2 543 0
1957	2 223 5	3 308 6
1958	2 168 8	3 174 7
1959	2 131 6	2 792 9
1960	2 649 7	2 794 3

in % der Einfuhr bzw. Ausfuhr

1937	11 5	7 7
1950	10 1	11 7
1956	8 9	11 5
1957	7 6	13 0
1958	7 8	13 3
1959	7 2	11 1
1960	7 2	9 6

Q: Berechnet aus Statistik des Außenhandels Österreichs. — <sup>1)</sup> Außenhandel ohne Europa USA Kanada, Südafrikanische Union Japan, Australien, Neuseeland. — <sup>2)</sup> Ohne ERP

### Kapitalleistungen<sup>1)</sup> der OEEC-Staaten, der USA und Kanadas an unterentwickelte Länder und internationale Entwicklungsorganisationen, 1956/1959

Land	Bilaterale Leistungen					Leistungen an internationale Organisationen	Zusammen
	Staatliche Leistungen	Private Leistungen	Garantierte Exportkredite	Neue Anleihen u. Investitionen	Reinvestitionen von Profiten		
	Mill \$						
Österreich	—	1	—	—	—	—13	—12
Belgien	17	11	—1	32	25	15	99
Dänemark	0	2	2	5	—	3	12
Frankreich	620	158	43	212	150	24	1 207
Bundesrepublik Deutschland	77	88	197	49	25	139	575
Irland	—	—	—	—	—	1	1
Italien	26	73	38	18	10	—26	139
Luxemburg	—	—	—	—	—	2	2
Niederlande	21	8	7	16	125	35	212
Norwegen	0 5	0	0	0 5	—	—0	1
Portugal	0	6	—	15	25	—	46
Schweden	1	2	3	15	—	7	28
Schweiz	—	3	9	24	30	32	98
Großbritannien	139	85	61	266	172	64	787
USA	1 332	826	—7	844	322	199	3 516
Kanada	41	8	3	20	30	14	116
Zusammen	2 274 5	1 271	355	1 516 5	914	496	6 827

Anmerkung: Kursivzahlen sind Schätzungen

Q: OEEC, The Flow of Financial Resources to Countries in Course of Economic Development (Paris 1961). — <sup>1)</sup> Die Angaben beziehen sich auf Nettoleistungen, also nach Abzug von Rückzahlungen. — <sup>2)</sup> Einschließlich Reparationen und Schadensgutmachungen